



Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW - 40190 Düsseldorf

per elektronischer Post: stapf@zapf.in

Ständiger Ausschuss aller
Physikfachschaften
Endenicher Allee 60
53115 Bonn

11.10.2023
Seite 1 von 4

Aktenzeichen VII A 3
bei Antwort bitte angeben

Christoph Humpert
Telefon: 0211 4566-184
Telefax: 0211 4566-388
christoph.humpert@munv.nrw.de
de

Umsatzsteuer
ID-Nr.: DE 306 505 705

Öffentlicher Personennahverkehr

Semesterticket

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übermittlung der Resolution zum Deutschlandticket/Semesterticket der Zusammenschlüsse von Fachschaften der Bereiche Physik, Informatik, Werkstofftechnik und Materialwissenschaft. Ich bin darum gebeten worden, Ihnen als zuständige Referatsleitung im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen zu antworten. Bitte entschuldigen Sie die verzögerte Antwort. Derzeit erreicht uns eine außergewöhnliche Anzahl an Schreiben im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket.

In Ihrem Schreiben übermitteln Sie eine Resolution im Kontext Deutschlandticket/Semesterticket, in der Sie insbesondere für eine einheitliche Lösung für die Semestertickets werben. Zudem kritisieren Sie, dass die Upgradelösung zum 1. Mai nicht überall verfügbar gewesen ist. Sie äußern zudem Unverständnis, dass Jobtickets mit einem Rabatt von 5 Prozent auf den Ausgabepreis abgegeben werden, ein ähnlich gelagerter Rabatt bei Semestertickets jedoch nicht vereinbart wurde. Zudem machen Sie auf die zunehmende Rechtsunsicherheit aufmerksam, weil das Ab-

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Emilie-Preyer-Platz 1
40479 Düsseldorf
Telefon 0211 4566-0
Telefax 0211 4566-388
poststelle@munv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien U78 und U79
oder Buslinie 722 (Messe)
Haltestelle Nordstraße



standsgebot in Folge des günstigen Abgabepreises des Deutschlandtickets nicht mehr hinreichend ist bzw. die Rechtfertigung des Solidarmodells in Frage gestellt ist. Im Kontext fordern Sie die Übernahme von Kosten etwaiger Rechtsstreitigkeiten. Ich möchte vorwegnehmen, dass dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW alle vorgetragenen Aspekte bewusst sind. Gerne möchte ich auf die Inhalte eingehen.

Ich teile Ihre Auffassung, dass schnell eine einheitliche Lösung i.S. Semesterticket gefunden werden muss. Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, wird derzeit zwischen Bund und Ländern eine Beschlussvorlage verhandelt, die ein solidarisches Semesterticketmodell auf Basis des Deutschlandtickets für 29,40 Euro pro Monat (174,40 Euro pro Semestert) bzw. 60 Prozent des Deutschlandticket-Jedermannpreises vorsieht. Dieses Angebot wäre nach hiesiger Auffassung durchaus attraktiv. Zum anderen könnte nach einer ersten rechtlichen Einschätzung mit dem Preisniveau die Ausgestaltung als Solidarmodell hinreichend rechtfertigt werden.

Hinsichtlich der in Ihrem Schreiben angesprochenen Unsicherheit für die Studierendenschaften und deren Amträgerinnen und Amtsträger, die sich in Folge der neuen Ausgangslage durch das günstige Preisniveau des Deutschlandtickets ergibt, wodurch das Abstandsgebot zur Rechtfertigung des Solidarmodells bei einer Vielzahl der bestehenden Semesterticketangebote nicht mehr gegeben ist, sehe ich derzeit keine Notwendigkeit der Übernahme etwaiger Rechts- und Folgekosten. Einerseits erfolgt derzeit – wie dargelegt – unter Hochdruck eine Lösungsfindung zwischen Bund und Ländern. Andererseits liegen den Studierendenschaften rechtliche Einschätzungen vor, in der konkrete Handlungsempfehlungen für die ASten im Gesamtkontext dargelegt sind.



Hinsichtlich der o.g. Beschlussempfehlung zum solidarischen bundesweiten Semesterticketangebot kann ich Ihnen mitteilen, dass die Umsetzung durch Nordrhein-Westfalen seit Vorlage dieser Lösung im Frühsommer auf sämtlichen Ebenen unterstützt wurde und wird. Aktuell bei der Konferenz der Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister am 11. und 12. Oktober in Köln. Es besteht nach wie vor die Erwartung, dass Bund und Länder alsbald die Voraussetzungen schaffen, dass den Studierenden das Angebot ab Sommersemester 2024 durch die Tariforganisationen unterbreitet werden kann. Die Notwendigkeit ist sämtlichen Beteiligten bewusst. Studierende gehören seit Jahrzehnten zu den wichtigsten Kundengruppen des ÖPNV und sind die Kundinnen und Kunden von morgen.

Hinsichtlich Ihrer Ausführungen zum Rabatt beim Deutschlandticket als Jobticketvariante möchte ich darauf hinweisen, dass es sich beim Jobticket um die einzige Sonderregelung für eine bestimmte Zielgruppe handelt neben dem von Ihnen ebenfalls angesprochenen Upgradelösung für Studierende. Auf Bundesebene gab es nur diese beiden Sonderregelungen für Zielgruppen. Dies zeigt bereits die Bedeutung von Studierenden. Beim Rabatt des fakultativen Jobtickets ist bei einer Bewertung zu berücksichtigen, dass Arbeitgeber bei Inanspruchnahme des Modells weitere 25 Prozent selbst finanzierten Rabatt an die Arbeitnehmerin bzw. den Arbeitnehmer weiterreichen müssen.

Ergänzend möchte ich hinsichtlich Ihrer Ausführungen zum Upgrademodell für Studierende auf die flächendeckende Verfügbarkeit des Upgradetickets für Studierende in Nordrhein-Westfalen seit dem 1. Mai hinweisen. Es ist richtig, dass in einzelnen Bundesländern das Ticket nicht sofort verfügbar war. Dies war misslich, jedoch aufgrund der hohen Komplexität, vertrieblicher Umsetzungen und des hohen Zeitdrucks letztlich nicht vermeidbar. Bei der Einführung neuer Produkte ist oftmals nicht zu vermeiden, dass es auch mal ruckelt und nachgebessert werden muss.



Ich hoffe, Ihnen mit den Ausführungen die Positionen zu den übermittelten Inhalten transparent und nachvollziehbar dargelegt zu haben. Auch danke ich Ihnen für die weitere Sensibilisierung in der Thematik.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Gez.

Thomas Plück